

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Gemeinschafts-Verlagsnummer: 25 241.  
Kurz-Druckverlag: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung von Haus 1.50 M.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: der einmalige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt: 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr: 10 Pfg. Kupon. Aufträge geg. Vorauszahlung.  
Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/42  
Druck u. Verlag von Lepich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Trinkt **BUSSARD-SEKT** Qualitäts-Marken, hergestellt aus edlen Weinen

## Sozialdemokratie gegen Volkspartei.

### Der „Vorwärts“ kündigt dem Gesamtministerium des Reiches das Vertrauen.

#### Die Ministerpräsidentenwahl in Sachsen abermals ergebnislos. — Frankreich für Rheinland-Kontrolle durch die Locarno-Mächte.

### Die Möglichkeit einer Regierungskrise im Reich.

Berlin, 7. Dez. Der „Vorwärts“ nimmt in seiner Morgenausgabe Stellung zu der Rede des Abg. Dr. Scholz in Jankenburg, die er als eine Kriegserklärung der Volkspartei an die Sozialdemokratie wertet. Da Scholz Führer der volksparteilichen Fraktion sei, sei seine Rede als amtliche Parteimeinung aufzufassen. Die Schlussfolgerungen der Sozialdemokratie bestünden drohend darin, daß sie die Vereinbarungen als nicht mehr bestehend ansehe, die die Regierung durch den Reichskanzler mit den Sozialdemokraten getroffen habe und die darauf hinausläufen sollten, die Geschäfte in enger Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie zu führen. Die Rede des Abgeordneten Scholz habe das Mißtrauen gegen den Innenminister zu dem neuen das Gesamtministerium erweitert.

Die sozialdemokratische Fraktion werde sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, in welcher Form sie ihrem Mangel an Vertrauen Ausdruck verleihen solle. Hermann Müller und Breitscheid hätten gleich am Montagmorgen Gelegenheit genommen, den Reichskanzler persönlich auf die Gefahren dieser Situation aufmerksam zu machen. Herr Marx und seine Kollegen, aber auch das Zentrum und die Demokraten würden der Sozialdemokratie darin keinen Vorrang machen können, wenn es noch vor Weihnachten zu einer Regierungskrise komme, deren Ausgang sich nicht voraussagen lasse. — Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt Donnerstag vormittag zusammen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

### Nach einer Rede von Dr. Scholz.

Rüchingsberg, 7. Dez. Im Valmenhause des Rüchingsberger Tiergartens sprach am Montagabend vor Mitgliedern der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz noch

einmal über die Außen- und Innenpolitik der Partei. Er wies, wie in Jankenburg, mit besonderer Betonung auf die diese Kunst hin, die die Deutsche Volkspartei von der Sozialdemokratie in der Einsetzung zur Reichswehr trenne.

### Tagung der deutschnationalen Parteiverbreitung.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 7. Dez. Die aus etwa 200 Personen bestehende Parteiverbreitung der Deutschnationalen Volkspartei trat heute vormittag im Festsaal des Preussischen Landtages zu ihrer diesjährigen Tagung zusammen. Graf Westarp berichtete über die politische Lage. Er betonte hierbei, daß die auf dem 8. Oktober Parteitage aufgestellten politischen Richtlinien auch heute noch als für die Partei geltend anzusehen seien. Er besprach sodann die in den letzten Wochen verfolgte Politik der deutschnationalen Fraktionen in den Parlamenten, um des weiteren auf die Entschlüsse des „Vorwärts“ einzugehen, wonach von der Regierung mit der Sozialdemokratie schon feste Vereinbarungen über die kommende Koalitionspolitik getroffen worden seien. Hierbei kam er auch auf die Rede des Führers der Deutschen Volkspartei zu sprechen und verlangte, da es sich um eine völlig neue Situation handle, schleunige Klärung. Die Partei halte an den Grundanschauungen in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht fest.

Das die Mißtrauensvoten anbetreffend, mögen sie nun von kommunistischer oder völkischer Seite kommen, so könnten die Deutschnationalen sich durch sie nicht die Linie ihres Handelns vorzeichnen lassen. Den Mittelparteien müsse nie beim Erwerblosengange immer wieder der Beweis erbracht werden, daß es mit der Vorkoalition auf die Dauer nicht abhe. — An den Vortrag Westarps schloß sich eine eingehende Aussprache an. Am Nachmittag werden die Wahlen für die Parteiführer vorgenommen werden.

### Der „Vorwärts“ lehnt seine Reichswehr-Sehe fort.

Berlin, 7. Dez. Der „Vorwärts“ fährt mit der Wiedergabe der Enthüllungen des „Manchester Guardian“ über die angeblichen Beziehungen Rußlands zur deutschen Reichswehr fort. Diesmal handelt es sich um die Verträge mit Junkers, deren Abschluß seinerzeit vor aller Öffentlichkeit vor sich gegangen ist. Die „Deutsche Zeitung“ hatte gesagt, daß der Plan, Deutschland von Rußland aus neu zu bewaffnen, von Rathenau ausgegangen sei, der schon 1919 solche Gedanken ausgesprochen habe. Der „Vorwärts“ hält das für durchaus möglich, denn Rathenau war ein leidenschaftlicher Patriot, dem manchmal Gefühl und Phantasie mit dem Verstand durchgingen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte gefragt: Wenn es nun wahr wäre, daß Deutschland als souveräner Staat jede Möglichkeit ausgenutzt hätte, um den hundertfachen Vertragsgeheim der Franzosen ein Paroli zu bieten? Wenn es dem fortgeschrittenen Druck des Westens einen Gegenbruch vom Osten entgegengebracht hätte? — Der „Vorwärts“ sagt, damit belenne sich ein führendes Blatt der Deutschnationalen Partei an der Auffassung, daß die deutsche Regierung verpflichtet sei, geheime Klärungen gegen Frankreich zu treffen, mit dem es den Pakt von Locarno geschlossen habe. (Weider war 1923 von einem Locarno noch gar nicht die Rede!)

Die „Kreuzzeitung“ hatte gesagt, die Sozialdemokratie möchte dem Feindbund das Geschäft der Militärkontrolle abnehmen. Das behauptet der „Vorwärts“: Wir wollen die ausländische Militärkontrolle überflüssig machen, indem wir den Reichstag selbst auffordern, diese Kontrolle in seine Hand zu nehmen, und indem wir die Rolle des Garanten dafür übernehmen, daß Deutschland auf dem Wege des Vertrages von Locarno bleibt.

Der Zweck der Übung ist, bei Frankreich und England die Meinung zu erwecken, daß nur mit einer Vorkoalition in Deutschland eine Verhändlung möglich sei.

Die ausländische Politik wird also mißbraucht, um für die sozialdemokratische Innenpolitik die Unterstützung des Auslandes zu erlangen. Um eine rechtsgerichtete Regierung in Deutschland zu verhindern, werden angebliche Enthüllungen, die für Leute, die noch nicht verzeihen haben, gar keine sind, in ausländische Blätter geschmuggelt, um aus diesen wieder mit großem Tamtam und phantastischer Selbstaufpreisung übernommen zu werden.

Wie weit die Sozialdemokratie darin geht, beweisen folgende Sätze des „Vorwärts“: „Die Beziehungen Rußlands zum offiziellen Deutschland, dem Deutschland Dindenburgs, Westers und des Industriekapitalismus, sind erst gestern wieder von Herrn Schlichter hier in Berlin als ausgedehnt gepriesen worden. Sie sind es in der Tat, und was die Beziehungen der russischen Regierung zur Reichswehr betrifft, so sind sie — oder waren sie bis vor ganz kurzer Zeit — noch viel intimer, als man offen zugeben möchte. Abzuleugnen hilft nichts. Das Ausland der Weltrevolution ist nicht mehr, denn es existiert nur im Reich der Träume. In der Wirklichkeit gibt es nur ein Ausland, das mit dem deutschen Kapitalismus Geschäfte macht und das der deutschen Reichswehr Gewehre zufließt.“

### Eine Moskauer Erklärung.

Berlin, 7. Dez. Wie die „Tägliche Rundschau“ aus Wien berichtet, wird nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ aus Moskau in wachsenden Kreisen an den Enthüllungen des „Manchester Guardian“ über die angeblich zwischen der Sowjetregierung und der deutschen Reichswehr bestehenden Beziehungen erklärt, der russische Vertrag mit den Junkers-Werken sei in aller Öffentlichkeit abgeschlossen worden. Es sei bisher niemandem eingefallen, diesen als einen Vertrag mit der Reichswehr anzusehen. Die Schiffsladungen russischer Munition und Waffen, die die Sowjetregierung der deutschen Reichswehr zur Verfügung gestellt haben solle, gehören in das Reich der Fabel. Ebenso entstanden sei auch die Behauptung über die Erzeugung von Giftgasen.

### General v. Pawelz vor dem Interalliierten Militärkomitee.

Paris, 6. Dez. General v. Pawelz berichtete gestern vor dem Interalliierten Militärkomitee in Versailles, daß unter dem Vorsitz des Marschalls Foch steht, über den Stand der Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen in Deutschland. Es wird mit weiteren Zusammenkünften gerechnet. Ferner verhandelte er mit dem Generalsekretär der Vorkoalitionskonferenz, Maffei, der gestern abend nach Genf abgereist ist, wo er an den Arbeiten der französischen Delegation zum Völkerbundrat teilnehmen wird. (W. T. B.)

## Rheinland-Kontrolle durch die Locarno-Mächte?

### Ein Kompromißvorschlag in Genf.

(Durch Funkgespräch.)

Paris, 7. Dez. Ueber die gestrigen Verhandlungen der Außenminister in Genf berichtet Dumas: Drei Fragen sind behandelt worden, die Entwaffnung, die Investition und die Sonderkontrolle in der Rheinlandzone. Man hat große Fortschritte erzielt. — Der Genfer Vertreter des „Journal“ berichtet, daß nach seiner Kenntnis folgendes Kompromiß in die Augen gefaßt worden sei: Die Militärkontrolle wird in Kürze befristet, wahrscheinlich bereits im Laufe des Januar. Deutschland stimmt zu, daß die zukünftige Kontrolle der entwaffneten Rheinlandzone solidarisch durch die Signatäre des Abkommens von Locarno außerhalb des Völkerbundes ausgeübt wird. Im übrigen wird Deutschland die durch die Entscheidung des Völkerbundes festgelegten Grundforderungen erfüllen.

Weiter berichtet der Korrespondent, daß Briand zur Frage einer verwaltungsmäßigen Räumung der Rheinlande nur erklärt habe, daß er geneigt sei, alle Möglichkeiten mit Wohlwollen zu prüfen. (W. T. B.)

### Stresemann über die Kontrollfrage.

Strenge Scheidung zwischen Aufhebung des V. M. R. A. und den Investitionen.

Genf, 7. Dez. In einer Besprechung der Vertreter der Rheinbundmächte betonte der Reichsminister Dr. Stresemann, daß die deutsche Regierung ihre Stellungnahme zum Investitionsprotokoll des Völkerbundes von ihrer Forderung nach Aufhebung der Militärkontrolle streng auseinander halte. Sie verlange die Aufhebung der Militärkontrolle, da Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen in vollem Umfange nachkommen sei. (W. T. B.)

### Stresemann verhandelt mit Vandervelde.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 7. Dez. Heute vormittag fand in Genf eine Besprechung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem belgischen Außenminister Vandervelde statt.

### de Brouquère ist zuversichtlich.

Berlin, 7. Dez. Der belgische Delegierte de Brouquère erklärte dem Genfer Korrespondenten der „Täglichen Rundschau“: Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Deutschland und

die Alliierten zu einer Verständigung gelangen werden, welche die baldige Abberufung der Kontrollkommission möglich macht und ebenso die Aussichten auf eine Regelung des Problems der Völkerbundskontrolle eröffnet. Ich kann versichern, daß der bereits aufgenommene Meinungsaustrausch die besten Ergebnisse zeitigte und zu großen Hoffnungen berechtigt. Thoiry spielt in der Geschichte der deutsch-französischen Annäherung eine überaus bedeutende Rolle. Man muß sich Zeit lassen, damit das Werk der Annäherung auf einer festen Basis fortgeführt werden kann. Briand und Stresemann waren bei ihrer gestrigen Zusammenkunft durchaus von denselben Gefühlen befeuert, die sie bei ihrer Begegnung in Thoiry erfüllten. Ich bin außerordentlich optimistisch, nicht nur, was die engeren, sondern auch, was die unmittelbare Zukunft anbelangt.

### Pariser Verluhsballon.

Paris, 7. Dezember. Nach dem offiziellen „Petit Parisien“ soll Stresemann bei den gestrigen Verhandlungen mit den alliierten Außenministern seine Einwände nur noch gegenüber gewissen Detailpunkten des Investitionsprotokolls aufrechterhalten haben. Man sei infolgedessen in der Frage der Abberufung der Interalliierten Militärkontrollkommission zu einem der Gesamtlösung sehr nahekommenen Ergebnis gelangt. Höchstwahrscheinlich werde ein Termin für die Abberufung der Kontrollkommission festgelegt werden, der aber nur dann eingehalten werden würde, wenn Deutschland die vom Pariser Militärkomitee geforderte Verstärkung der Rheinberger Besatzungen durchzuführen werde. (W. T. B.)

### Alliierte Rechenhünfte.

Angehliche Herabsetzung der Besatzungshärte. Paris, 6. Dezember. Gegenüber der Angabe des Reichsministers Dr. Bell, daß die Besatzungstruppen angeblich 80 000 Mann stark seien, glaubt die Pariser Presse feststellen zu können, daß vom 5. Dezember ab der Gesamtbestand der französischen, belgischen und englischen Besatzungstruppen nur noch 71 000 Mann betrage.

Hierzu muß gesagt werden: Reichsminister Dr. Bell hat am 30. November gesprochen. Damals betrug nach den neuesten Angaben die Besatzungsmannschaft tatsächlich 70 000 Mann ohne Trost. Wenn die Besatzung jetzt ab 5. Dezember auf 71 000 Mann herabgesetzt sein sollte, so wäre das an sich erfreulich, doch wird man abwarten müssen, ob Differenzen von 8000 Mann nicht nur auf geschickter Berechnung der Besatzungstruppenstärke beruht.